

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/3333 —

Chile-Politik der Bundesregierung

Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 13. Juni 1985 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit wie folgt beantwortet:

1. Welche konkreten Schritte sieht der Vier-Phasen-Plan für die Chile-Politik der Bundesregierung, den Kullak-Ublick mit dem US-Sonderbeauftragten für Lateinamerika, Motley, abgesprochen hat und dem Außenminister Genscher am 17. Januar 1985 zustimmte vor, und welche konkreten Überlegungen veranlaßten die Bundesregierung zur Zustimmung zu diesem Vier-Stufen-Plan (DER SPIEGEL, 18/85)?

Auf eine ähnlich lautende Frage des Abgeordneten Duve hat Staatsminister Möllemann in seiner Antwort vom 20. Mai 1985 erwidert: 'Von der Verabredung eines „geheimen Vier-Phasen-Plans“ zwischen den zuständigen Beamten im State Department und im AA kann schon deshalb keine Rede sein, weil ein verändertes politisches Verhalten einer politischen Entscheidung bedürfte.'

Eine solche Entscheidung hat die Bundesregierung nicht getroffen.

2. Wie groß ist der außenpolitische Spielraum für eine von den USA unabhängige Chile-Politik seitens der Bundesregierung, und inwieweit findet eine enge Koordination mit der Chile-Politik der USA statt?

Die Bundesregierung gestaltet ihre Politik selbständig und nutzt ihre außenpolitische Souveränität gerade auch zu einer engen

Abstimmung ihrer Politik mit ihren europäischen und amerikanischen Partnern.

Im übrigen hat Staatsminister Möllemann im ersten Teil seiner Antwort auf die erwähnte Frage des Abgeordneten Duve wie folgt geantwortet: „Es ist ein normaler Vorgang, daß zwischen befreundeten Staaten ein Informations- und Gedankenaustausch stattfindet. Das gilt um so mehr, wenn – wie im Falle der USA und der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu Chile – die Gesprächspartner ein besonderes Interesse an der Entwicklung in einem Lande haben. Solche Gespräche werden auch mit anderen Staaten geführt, so u. a. im letzten Jahr mit Spanien und verschiedenen EG-Partnern.“

3. Inwiefern kommt die Bundesregierung der Aufforderung des Deutschen Bundestages gemäß der Beschlußempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (Drucksache 10/1049) nach, die da lautet: „Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Wiederherstellung freiheitlich demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in Chile zum frühestmöglichen Zeitpunkt beizutragen.“?

Auch auf den Grundgedanken dieser Frage ist Staatsminister Möllemann bei der Beantwortung einer weiteren Frage des Abgeordneten Duve in demselben Schreiben vom 20. Mai 1985 bereits eingegangen.

Die Bundesregierung bringt ihre Besorgnisse und Erwartungen, die sie zur Entwicklung in Chile hat, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck. Sie versucht daher, mit der chilenischen Regierung in ständigem Gesprächskontakt zu bleiben. Alle Kontakte mit ihr dienen dazu, der Bundesregierung ein Urteil über die politischen Verhältnisse in Chile zu ermöglichen und soweit es geht dazu beizutragen, daß dieses Land mit langer demokratischer Tradition so schnell wie möglich zu geordneten demokratischen Verhältnissen zurückkehrt.

4. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß es unter einer Pinochet-Regierung freiheitlich demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse geben kann, und in welchem Zeitraum befindet sich der frühestmögliche Zeitpunkt für freiheitlich demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse in Chile?

Präsident Pinochet, die Mitglieder der Junta und die chilenische Regierung unterstreichen immer wieder ihre Entschlossenheit, den Übergang zur Demokratie – wie in der Verfassung von 1980 vorgesehen – bis 1989 zu vollziehen.

Soweit die Bundesregierung kann, versucht sie, auf eine Beschleunigung dieses Übergangs hinzuwirken.

5. Welche konkreten Pläne zur Entsendung hochrangiger Regierungsvertreter nach Chile liegen der Bundesregierung vor, und inwieweit sind diese Reisepläne mit anderen Staaten wie den USA und Großbritannien koordiniert?

Es gibt keine solchen Pläne.

6. Was verspricht sich die Bundesregierung von einem Dialog der chilenischen Opposition mit der Pinochet-Regierung, und welche chilenischen Parteien sollten an diesem Dialog teilnehmen?

Die Bundesregierung ist seit jeher der Auffassung, daß zur Lösung von Problemen nur friedliche Mittel wie das des Dialogs geeignet sind. Das gilt auch im Falle Chile. Die Bundesregierung befürwortet daher einen Dialog zwischen der chilenischen Regierung und allen demokratischen Kräften des Landes.

7. Welche Rolle mißt die Bundesregierung den chilenischen Christdemokraten in der innenpolitischen Auseinandersetzung in Chile bei, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Funktion von Gabriel Valdes?

Die Christdemokraten sind seit langem eine der wichtigsten Parteigruppierungen Chiles. Sie und ihre Vertreter, vor allem ihr Vorsitzender, spielen daher für die politische Entwicklung Chiles eine wesentliche Rolle.

8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit für General Pinochet, auch nach 1989 noch im Amt des Präsidenten zu bleiben?

Präsident Pinochet hat formal die Möglichkeit, für das Präsidentenamt ab 1989 zu kandidieren. Wie die tatsächlichen Aussichten für ihn 1989 sein werden, ist eine spekulative Frage.

9. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Äußerungen des US-Sonderbeauftragten für Lateinamerika, Motley, daß der „Westen dem chilenischen Militär Dank schulde, daß es im September 1973 die Allende-Regierung gestürzt und eine Militärdiktatur errichtet hat und sich Chile heute ‚in guten Händen‘ befände“, (FAZ vom 22. Februar 1985 und 25. Februar 1985), die Meinung der US-Regierung wiedergibt, und stimmt sie mit diesen Äußerungen überein?

In den Ausgaben der FAZ vom 22. und 28. (nicht 25.) Februar 1985 sind – in der Frage ungenau und unvollständig wiedergegebene – Einzelsätze und Teilformulierungen aus dem Interview von Herrn Motley mit der chilenischen Tageszeitung „Mercurio“, veröffentlicht am 24. Februar 1985 in Teil D der Ausgabe, sowie offenbar

aus seinen Antworten auf Fragen von Journalisten vor seiner Abreise aus Santiago enthalten. Es ist nicht Sache der Bundesregierung, solche Veröffentlichungen über Äußerungen eines Vertreters einer fremden Regierung zu Problemen eines dritten Landes richtigzustellen oder zu kommentieren.

10. Hält die Bundesregierung an ihrer Meinung fest, wie sie Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Köhler am 5. November 1984 geäußert hat: „Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz leiten, keine Hilfe zu leisten, die als politische Unterstützung der derzeitigen Verhältnisse in Chile verstanden werden kann.“, und bedeutet dies, daß Chile auch in Zukunft keine Entwicklungshilfe erhalten wird?

Die Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Köhler vom 5. November 1984 ist nach wie vor gültig.